



UMLEITUNG

UMLEITUNG

Schwerpunkt
«Verkehr»

Abstimmungen
17. Juni 2012

Editorial

Mobilität

Liebe Grüne

Wir sind mobil. Wir bewegen uns. Wir verkehren miteinander. Das bringt uns weiter. Das Studiensemester im Ausland erweitert unseren Blickwinkel. Der Einsatz in einer Auslandfiliale unserer Arbeitgeberin fördert die Karriere. Speziell den Grünen wird in der Politik ein beweglicher Geist nachgesagt, der es schafft, neue Wege aufzuzeigen. Mobilität ist seit Urzeiten eine wichtige Überlebensstrategie, von den Jägerinnen und Sammlern bis zum heutigen Arbeitnehmer, von welchem immer mehr Arbeitsortflexibilität gefordert wird. Wir pendeln zwar nicht länger als vor 30 Jahren, doch die Pendeldistanz hat sich verdoppelt. Und heute werden 45% der Verkehrswege in der Freizeit zurückgelegt. Fürs Einkaufen sind nochmals 11% verantwortlich.

Mobilität ist zum Zwang geworden. Und diese Mobilität müssen wir hinterfragen. Denn sie verbraucht einen Drittel der Gesamtenergie, vor allem

fossile Energie und ist deshalb auch wesentlich verantwortlich für CO₂ Emissionen. Die immer bessere Verkehrsinfrastruktur ist auch mitverantwortlich für die Zersiedelung, die Versiegelung der Böden, Lärmemissionen und Sicherheitsprobleme. Und vor allem der Autoverkehr nimmt immer mehr Platz ein. Also, Platz da und Vollgas voraus für die Förderung des platzsparenden und energieeffizienten öffentlichen Verkehrs, des Velos und der FussgängerInnen. Und immer gilt: die beste Mobilität (hier natürlich nur im Sinne des Transportes von A nach B) ist die eingesparte.



*Katharina Hubacher
Co-Präsidentin Grüne Luzern
Luzern*



Aus ökologischer Sicht sind Elektroautos kritisch zu betrachten

Elektromobilität

Die Elektromobilität wird immer wieder als Lösung für unsere zukünftige Mobilität gepriesen. Da lohnt sich mal ein genauerer Blick in die Faktenlage rund um Klima, Energie und Produktion. Eine Studie im Auftrag des Bundesamtes für Umwelt zu den Umwelteffekten von Elektroautos zeigt die vielfältigen Probleme rund um die Elektroautos auf. Auch hier gilt: weniger ist mehr und eine Verkehrspolitik, die auf mobilitätsvermeidende Siedlungsstrukturen hinzielt, immer noch die beste.

Klimafakten

Heute beläuft sich der Anteil des Verkehrs am Gesamtenergieverbrauch der Schweiz auf fast 34% (bei der fossilen Energie bei 44%). Davon verbraucht der strassengebundene Verkehr 86% und die Schiene 6%. Nach wie vor ist deshalb der Strassenverkehr für einen wesentlichen Teil der Klimagas-Emissionen verantwortlich. Die CO₂-Emissionen bei den Treibstoffen lagen denn 2010 auch 12,9% über dem Niveau von 1990. Ge-

mäss den Vorschriften des CO₂-Gesetzes müssten sie jedoch bis 2012 um 8% gegenüber 1990 zurückgehen. Anders sehen die Erfahrungen bei Brennstoffen (Heizöl etc.) aus. In diesem Bereich lagen die Emissionen 2010 12,9% unter dem Wert von 1990. Eine CO₂ Abgabe auf Treibstoffen könnte wohl endlich Gegensteuer geben. Die Schweiz wird die Kyoto-Vereinbarung voraussichtlich nicht einhalten können. Um das Klimaziel zu erreichen, die Erderwärmung auf maximal 2° Celsius zu beschränken, muss der CO₂-Ausstoss bis 2050 noch weit stärker, nämlich um insgesamt 80% im Vergleich zu 1990 gesenkt werden.

Fahrzeuge

Die Elektromobilität ist unter gewissen Voraussetzungen geeignet, dazu beizutragen, die klimapolitischen Ziele zu erreichen. Einen richtigen Boom erlebt das Elektrovelo. Über die Hälfte der E-Bike-KäuferInnen steigen vom motorisierten Individualverkehr (MIV) um. Um noch weitere Bevölkerungskreise für den Veloverkehr (mit und



4 Schwerpunkt

ohne Elektromotor) begeistern zu können, muss der Ausbau der Veloinfrastruktur in erster Priorität vorangetrieben werden.

Weiter sind gegenüber Mofas, Roller und Motorräder mit Zweitaktmotoren (weitgehend ohne oder mit minderwertigen Katalysatoren mit eingeschränkter Langzeitwirkung) die Umwelt- und Gesundheitsvorteile des Elektroantriebes gross.

Bei der Erneuerung der weltweiten Fahrzeugflotte auf Elektroantrieb wird es schwierig, den CO₂-Ausstoss von Autos mit Verbrennungsmotor zu unterbieten. Denn heute werden immense Kohlemengen weltweit für die Stromproduktion eingesetzt. Entscheidend für den Erfolg im Bereich CO₂-Reduktion ist daher der rasche Ausbau der Stromproduktion aus erneuerbaren (und somit CO₂-neutralen) Energien. Dann – und nur dann – könnte mit der Elektromobilität der CO₂-Ausstoss reduziert werden. Werden die zurückgelegten Strecken aber weiterhin steigen, ist auch diese Strategie zum Scheitern verurteilt.

Weiter müssen die Gewinnung und der Umgang mit Rohstoffen umwelt- und sozialverträglich erfolgen: In den Förderländern geht die Rohstoffgewinnung mit riesigen Umweltschäden einher (z. B. Bolivien, Chile: Grund- und Trinkwasservergiftung durch Lithiumförderung). Zudem stellt sich die Frage, ob die Bevölkerung in den Förderländern fair beteiligt oder nur als Lieferant billiger Rohstoffe und Arbeitskräfte ausgebeutet wird. Lithium ist jedoch nicht der einzige Rohstoff, der für die

Produktion von Elektroautos vermehrt benötigt wird. Weitere strategische nicht erneuerbare Ressourcen sind Kobalt für die Batterien, Kupfer für die Wicklungen der Elektromotoren, Indium für die Displays und Neodym für den Einsatz bei Magneten in Elektromotoren. Zudem haben Elektroautos als Teil des motorisierten Individualverkehrs die gleichen Nachteile betreffend Raumbedarf und Verkehrssicherheit wie Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren.

Fazit

Aus der Sicht des Klima- und Ressourcenschutzes ist das gesamte Transportwesen, d. h. Personen- und Güterverkehr, effizienter zu gestalten. Im Vordergrund stehen dabei als wichtigste Massnahmen das Vermeiden von Fahrten und die Reduktion des Verkehrs durch eine intelligente Raumplanung. In zweiter Linie folgt die Verlagerung auf den CO₂-freien Fuss- und Radverkehr, den öffentlichen Verkehr, das CarSharing und den kombinierten Verkehr. Nebst dem Einsatz im öffentlichen Verkehr kann der Elektroantrieb auch im Bereich der verbleibenden individuellen Motorfahrzeuge zum Einsatz kommen, sofern die benötigte elektrische Energie mit erneuerbaren Energieträgern bereitgestellt wird. So wird er imstande sein, einen Beitrag zur Erreichung eines klimazielenkonformen Mobilitätswesens zu leisten.



*Monique Frey
Co-Präsidentin Grüne Kanton Luzern,
Geschäftsleiterin VCS Luzern
Emmen*



Öffentlicher Verkehr AggloMobil due

Durchdachtes Konzept – Finanzierung offen

Anfang April zeigte der Verkehrsverbund Luzern mit dem Konzept AggloMobil due auf, wie auf dem heutigen Netz Verbesserungen erzielt, wie die S-Bahn besser ausgenützt und neue Verbindungen geschaffen werden können. Grössere Fahrzeuge, neue Linien und engerer Takt führen zu einem massgeblichen Ausbau beim öffentlichen Verkehr. Dabei werden auch für einige Probleme, die seit langem diskutiert werden, Lösungen aufgezeigt, wie die Verbindung Adligenswil-Luzern, Kriens-Horw oder für das Rontal.

Zwei Punkte allerdings werden noch zu reden geben:

■ Die Umsteigeknoten: Das Konzept basiert auf der Idee, dass weniger Busse direkt zum Bahnhof Luzern fahren, sondern an Umsteigeknoten auf die S-Bahn gewechselt werden soll. An vielen Orten ist das sinnvoll. Allerdings ist Umsteigen unbeliebt und bei einigen Verbindungen besteht real die Gefahr, dass die Reise am Schluss länger dauert. Das Beispiel Buchrain mit neuem Umsteigen am Bahnhof Ebikon zeigt, dass diese Verbindung schlank gestaltet werden muss, damit die Passagiere profitieren können. Wenn die Anschlüsse nicht perfekt klappen, haben die Buchrainer am Schluss länger nach Luzern. Die Grünen haben bei der Behandlung des ÖV-Berichts darauf hingewiesen und einen Antrag gestellt, dass Linien nur aufgehoben werden dürfen, wenn der Ersatz

nicht längere Fahrzeiten bringt und einen gleich guten Takt bietet. Leider wurde dieser Antrag abgelehnt – das macht ehrlich gesagt etwas misstrauisch. Die Idee, viele Überlandbusse nicht mehr ins Luzerner Zentrum zu führen, hat weiter zur Folge, dass inskünftig bedeutend weniger Busse über die Pilatusstrasse fahren. Das mag für die Fahrplanstabilität sinnvoll sein, aber man kann sich auch fragen, ob es richtig ist, wenn der ÖV im Innenstadtbereich Platz freigibt.

■ Völlig klar ist: Neue Linien, engerer Takt und der Bau zusätzlicher Infrastrukturen kosten Geld. Man hat aber beim ÖV-Gelder gestrichen. Mehrmals wurde betont, diese Streichung sei eine einzigartige Massnahme für dieses Jahr, da noch Reserven vorhanden seien. Nächstes Jahr werde dann wieder aufgestockt. Man muss kein eingefleischter Skeptiker sein, um bei der Finanzlage unseres Kantons daran zu zweifeln, ob die zusätzlichen Finanzen je gesprochen werden. Die Nagelprobe für dieses Konzept wird letztlich also nicht bei der technischen Umsetzung dieser Massnahmen kommen, sondern schlicht und ergreifend bei der Budgetdebatte des Kantonsrats.



*Michael Töngi
Kantonsrat
Kriens*



Wegweiser für Planungs- und baurechtliche Grundlagen im Kanton Bern

Autofreies/Autoarmes Wohnen

Bedarf an Mobilität

Intelligente Planung kann einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, das Bedürfnis nach Mobilität zu vermeiden. Das Bewusstsein, dass der Energieverbrauch gesenkt werden muss, ist bei vielen vorhanden. Während der Minergie-Standard beim Neubau von Liegenschaften bereits Normalität ist, gibt es einen solchen Standard bei der Mobilität noch nicht – obwohl der Verkehr in der Schweiz 34 Prozent der gesamten Primärenergie verbraucht.

ihrer Siedlung steigert die Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner und somit die Nachfrage nach Wohnungen. Eine Baute mit einer vorbildlichen Energieeffizienz bei der Mobilität verhilft zu einem Image-Gewinn, der nicht unterschätzt werden darf.

Der Weg zum autofreien/autoarmen Wohnen

In den vergangenen Jahren wurden im Kanton Bern verschiedene autofreie und autoarme Wohn-



Autofreie Siedlung Oberfeld, Ostermundigen

Die Nachfrage ist da

Die Motorisierung der schweizer Haushalte hat in den letzten 60 Jahren stetig zugenommen. Heute besitzen lediglich 19 % der Haushalte kein Auto. Es gibt aber grosse Unterschiede. In den fünf grössten Schweizer Städten leben 43 % der Haushalte autofrei. In Bern sind es sogar 45 % Rund die Hälfte der über 16-jährigen Personen besitzt ein Abonnement für den öffentlichen Verkehr. 70 % der Bewohner/innen in der Schweiz haben immer ein Velo zur Verfügung. Es gibt also durchaus Potenzial, Siedlungen zu bauen, die weniger einseitig auf das Auto ausgerichtet sind.

Es rechnet sich!

Wird teilweise auf Stellplätze, Einstellhallen und Erschliessungsstrassen verzichtet, sind erhebliche Kosteneinsparungen möglich. Erfahrungsgemäss sind Parkplätze und insbesondere Autoeinstellhallen bei Wohnsiedlungen mit den erzielbaren Mieterträgen kaum wirtschaftlich. Dies bedeutet, dass durch das Einsparen von Parkplätzen finanzielle Mittel frei werden, mit denen ganzheitliche Mobilitätsangebote finanziert werden können.

Innovatives Bauen – ein Gewinn für alle

Jeder Parkplatz benötigt durchschnittlich 28 Quadratmeter Platz. Wird Verkehrsfläche eingespart, kann der gewonnene Raum anderweitig genutzt werden, z. B. für grössere Begegnungszonen und Freiflächen. Eine geschickte Verkehrsplanung in

bauprojekte realisiert und weitere sind in Planung. Um das autofreie/autorarme Wohnen weiter voranzutreiben und den Weg dahin zu vereinfachen, fasst die VCS-Regionalgruppe Bern ihr Wissen im Bereich der planungs- und baurechtlichen Grundlagen auf ihrer Webpage zusammen: www.vcs-rgbern.ch/de/auofreies-wohnen.html

Interessierte Kreise wie Behörden, Politikerinnen und Politiker, Interessengruppen oder Investoren sollen einen Überblick sowie eine Anleitung bekommen, wie autofreies oder autoarmes Wohnen realisiert werden kann. Da laufend neue Projekte entwickelt werden, Behörden Entscheidungen fällen und Erfahrungen mit bestehenden Siedlungen gemacht werden, wird der Inhalt dieser Webseite laufend angepasst. Die Inhalte dieser Webseite beschränken sich auf den Kanton Bern. Dies gilt insbesondere für den rechtlichen Rahmen, der von Kanton zu Kanton verschieden ist.



Corina Gwerder
VCS Regionalgruppe Bern

Kontakt:
VCS Regionalgruppe Bern
Bollwerk 35, Postfach 8550, 3001 Bern
Tel. 031 318 54 40, regionbern@vcs-be.ch
www.vcs-rgbern.ch

Abstimmung zur zweiten Volksinitiative über das Bausparen am 17. Juni

Teuer, ohne positive Wirkung und ungerecht

Am 17. Juni stimmt die Schweiz über die Volksinitiative «Eigene vier Wände dank Bausparen» ab. Die Initiative will die Wohneigentumsquote steigern. Doch das kann mit «Bausparen» nicht gelingen, gefördert würde vor allem das Steuersparen. Daher lehnen die Grünen das Begehren ab.

Der Hauseigentümergebiet Schweiz (HEV) reichte die Initiative am 23. Januar 2009 mit 120 460 Unterschriften ein. Sie erlaubt jeder in der Schweiz wohnhaften steuerpflichtigen Person während zehn Jahren den Abzug von je 10 000 Franken von den steuerbaren Einkünften, wenn die Mittel zum Erwerb von selbstgenutztem Eigentum eingesetzt werden. Der Nationalrat hiess die Initiative mit 98 zu 62 Stimmen gut, der Ständerat lehnte sie mit 24 zu 16 Stimmen ab. Daher gibt es keine Abstimmungsempfehlung der Bundesversammlung.

Nein zur Initiative

Erst im März haben die Stimmberechtigten eine ähnliche Volksinitiative klar verworfen. Die wichtigsten Gründe gegen die Initiative I sind auch jetzt richtig:

- Das Ziel einer höheren Wohneigentumsquote lässt sich auch mit dieser Initiative nicht erreichen. Untere und mittlere Einkommen können für den Erwerb von Wohneigentum zu wenig sparen. Das zeigt z. B. die Säule 3a: Nur 40 % der Erwerbstätigen zahlen Beiträge ein, und sogar nur 10 % können den jährlichen Maximalbetrag von derzeit 6 682 Franken (!) zurücklegen. Vorsorgen können vor allem die (sehr) gut Verdienenden. Die behauptete positive Wirkung bleibt aus.

- Die Initiative fördert vor allem das Steuersparen hoher und höchster Einkommen. Diese leisten sich Wohneigentum auch ohne «Bausparen».

- Der wohnungspolitische Akzent wird falsch gesetzt. Statt günstigen Wohnraum via Gemeinnützigkeit zu fördern, werden finanzielle Mittel ohne Wirkung gebunden.

- Zur Förderung von Wohneigentum gibt es andere Instrumente: 2. Säule (BVG), Säule 3a, niedrige Eigenmietwert-Besteuerung und Steuerabzug von Schuldzinsen und Unterhaltskosten.

- Die volkswirtschaftlichen Effekte sind unerwünscht: Tendenziell steigen die Liegenschafts- und Wohnungspreise.

- Das unübersichtliche Steuerwesen wird überladen und noch weiter verkompliziert statt vereinfacht und verwesentlicht.

Massive Steuerausfälle

Bei der Initiative I liessen sich die Steuerausfälle nicht errechnen, sie sah die Einführung des «Bausparens» nur fakultativ vor. Für die Initiative II rechnen die kantonalen Finanzdirektoren (FDK) mit Ertragseinbussen von rund 250 Mio. Franken bei den Kantonen und etwa 70 Mio. Franken beim Bund. Die Initianten bestreiten die Grössenordnung der Steuerausfälle mit Verweis auf Zahlen in der Botschaft des Bundesrates (96 bzw 36 Mio. Fr.). Diese sind jedoch veraltet, die FDK geht von aktualisierten Werten aus.

Unklare Nachbesteuerung

Die HEV-Initiative nennt keinen Zeitpunkt für die spätestens mögliche zweckkonforme Verwendung des Bausparkapitals. Die Initiative I hatte dafür zwei Jahre vorgesehen. Diese Lücke öffnet Missbräuchen die Tore. Die Grünen deponierten eine Anfrage. Die Antwort des Bundesrats sollte in der ersten Mai-Hälfte erfolgen.

Ebenfalls fehlt in der HEV-Initiative die Angabe einer Mindestdauer, bis «Bauspar-Wohneigentum» ohne Nachbesteuerung wieder verkauft werden darf. Die Initiative I schrieb 5 Jahre minimale Besitzdauer vor. Die Auslassung ist – wie das Fehlen von Härtefallregeln – noch ein offensichtlicher Mangel der Initiative II.



Louis Schelbert
Nationalrat
Luzern

Volksinitiative
«Eigene vier Wände dank Bausparen»

Parole (Grüne CH):

NEIN

Volksabstimmung vom 17. Juni über die AUNS-Initiative

Schwächung statt Stärkung der Volksrechte

Die Volksinitiative «Staatsverträge vors Volk» will alle Staatsverträge in «wichtigen Bereichen» obligatorisch zur Abstimmung bringen. Was wichtig ist, bleibt indessen offen. Das schwächt letztlich die direkte Demokratie. Die Grünen lehnen das Volksbegehren ab.

Am 11. August 2009 reichte die AUNS die Volksinitiative «Für die Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik (Staatsverträge vors Volk)» mit 108 579 gültigen Unterschriften ein. Die Initiative schlägt vor, das obligatorische Referendum für völkerrechtliche Verträge erheblich auszuweiten. Das Parlament lehnte die Initiative mit 139:56 (NR) bzw. 36:6 (SR) Stimmen ab.

Viel mehr Volksabstimmungen

Gemäss Initiativtext sollen dem obligatorischen Referendum völkerrechtliche Verträge unterliegen, welche

- eine multilaterale Rechtsvereinheitlichung in wichtigen Bereichen herbeiführen,
- die Schweiz verpflichten, zukünftige rechtsetzende Bestimmungen in wichtigen Bereichen zu übernehmen,
- Rechtsprechungszuständigkeiten in wichtigen Bereichen an ausländische oder internationale Institutionen übertragen oder
- einmalige Ausgaben von mehr als einer Mrd. Fr. oder wiederkehrende Ausgaben über 100 Mio. Fr. nach sich ziehen.

Damit gäbe es viel mehr Volksabstimmungen, wieviel genau ist allerdings nicht klar. Die im Parlament geäusserten Schätzungen bewegten sich bei 30 bis 40 Prozent. Bereits heute kommen wichtige Staatsverträge zur Abstimmung (Bilaterale Verträge, UNO-Beitritt usw.)

Was ist «wichtig»?

Im Initiativtext kommt der Ausdruck «wichtige Bereiche» mehrmals vor. Dabei handelt es sich nicht um einen etablierten Rechtsbegriff. Was ein «wichtiger Bereich» ist, könnte nur politisch bestimmt werden. Die Bundesversammlung müsste somit jeweils entscheiden, ob der zur Diskussion stehende Staatsvertrag einen wichtigen politischen Sachbereich betrifft. Das würde Lehre und Praxis grosse Probleme stellen.

Wegen der Unbestimmtheit des Initiativtextes bliebe viel Interpretationsspielraum offen. Nur eine lange Praxis könnte mit der Zeit Rechtssicherheit herbeiführen. Das Parlament will dagegen, dass wie heute in der Verfassung möglichst genau festgelegt ist, wann ein Staatsvertrag dem Referendum untersteht. Der Einbezug des Volkes

und der Kantone in die Aussenpolitik soll auf völkerrechtliche Verträge mit verfassungsrechtlicher Tragweite beschränkt bleiben.

Unnötige Stärkung der Kantone

Eine zwingende Beteiligung von Volk und Ständen ist nur in jenen seltenen Fällen angezeigt, in welchen der Bund seine politische Handlungs- oder Entscheidungsfreiheit selbst bindet. Volksabstimmungen sollen stattfinden, wenn es um die Unterwerfung der Interessen des Landes und seiner Bevölkerung unter ein staatsvertragliches Regime geht. Das ist heute gewährleistet.

Mit der Initiative würden Volk und Stände viel mehr an die Urne gerufen. Es drängt sich aber nicht auf, den Kantonen ein Vetorecht in der Aussenpolitik zu erteilen, sie können sich bereits genügend Gehör verschaffen. Zudem würde die Aussenpolitik wegen der Verzögerungen und wegen des inhärenten Misstrauens nicht an Legitimität gewinnen.



Louis Schelbert
Nationalrat
Luzern

Nationale Volksinitiative
«Staatsverträge vors Volk»

Parole (Grüne CH):

NEIN



Oeko Hotel Gruebismalm/Rigi

Autofrei, kinder und familien
freundlich, für Ferien, Feste
und Klein Seminare.

Familie Schaub, 6354 Vitznau
Telefon: 041 397 16 81, www.gruebismalm.ch
E Mail: oeko_hotel_gruebismalm_rigi@bluewin.ch

Volksabstimmung vom 17. Juni über die Managed Care-Vorlage

Nein zur Managed-Care-Vorlage

Am 17. Juni 2012 wird über die Managed-Care-Vorlage abgestimmt. Neu sollen sich die Leistungserbringer im Gesundheitswesen zu integrierten Versorgungsnetzwerken zusammenschliessen und die Behandlung von PatientInnen koordinieren und steuern.

Was auf den ersten Blick ganz gut wirkt, wirft bei genauerem Hinsehen Fragen auf. In Zukunft entscheiden die Krankenversicherungen, mit welchen Ärztenetzwerken sie Verträge abschliessen. Vielleicht ist Ihr heutiger Hausarzt nicht in dem Netzwerk angeschlossen, mit dem Ihre Versicherung einen Vertrag hat? Dann müssen Sie entweder das Versicherungsmodell wechseln oder aber Ihren Arzt des Vertrauens.

Keine freie Arztwahl oder hohe Selbstbehalte

Versicherte müssen sich entscheiden, ob sie ein Managed-Care-Modell wählen oder ob sie sich wie heute versichern. Der grosse Unterschied: Wer Managed Care wählt, zahlt einen Selbstbehalt von 10 % bis zu einem Maximalbetrag von 500 Franken pro Jahr (zusätzlich zu den Franchisen). Wer das heutige Modell beibehält, zahlt in Zukunft 15 % Selbstbehalt bis zum Maximalbetrag von 1000 Franken pro Jahr. (Heute: 10 % Selbstbehalt bis maximal 700 Franken pro Jahr.)

Mit der Managed Care-Vorlage wird die freie Arztwahl stark eingeschränkt. Wer selber entscheiden will, welche Ärztin oder welcher Spezialist die/der richtige AnsprechpartnerIn ist, kann sich nicht im Netzwerk-Modell versichern und wird mit einem höheren Selbstbehalt und wahrscheinlich mit höheren Krankenkassenprämien bestraft. Das ist nicht richtig! Besonders ältere Leute und chronisch Kranke werden so diskriminiert.

Randregionen benachteiligt

Da die Versicherungen nicht verpflichtet sind, in jeder Region Ärztenetzwerke anzubieten, werden ländliche Gebiete benachteiligt. Heute gibt es insbesondere in ländlichen Gebieten wenige bis keine Netzwerke. So bleibt nur die Versicherung ohne Managed Care, dafür mit hohem Selbstbehalt.

Budgetmitverantwortung

Die Ärztenetzwerke sollen gezwungen werden, die von den Kassen vorgegebenen Budgetziele einzuhalten. Ein möglicher Gewinn, aber auch ein Verlust trägt das Netz hälftig mit. Diese Budgetmitverantwortung ist gefährlich, denn anstatt die Patientenbedürfnisse zu gewichten, rücken ökonomische Überlegungen in den Vordergrund. Das Risiko besteht, dass Leistungen rationalisiert und teure Behandlungen nur noch beschränkt durchgeführt werden. Der Weg zur Zweiklassenmedizin wird geebnet.

Knebelverträge

Es ist störend, dass die Krankenkassen ihre Versicherten im Managed-Care-Modell mit etwas günstigeren Prämien zu Verträgen bis zu drei Jahren verpflichten können. Wer unter der Zeit wechseln möchte, zahlt hohe Austrittsstrafen. Solche Knebelverträge sind nicht angebracht!

Die freie Arztwahl und die Qualität der Behandlungen muss erhalten bleiben: Nein zur Managed-Care-Vorlage!



Katharina Meile
Kantonsrätin Grüne
Luzern

Volksabstimmung über die Managed Care-Vorlage

Parole (Grüne CH):

Stimmfreigabe

R E S T A U R A N T B A R
N E U S T A D T

Ess- & Weinkultur • Neustadstr. 21 • Tel. 041 210 2371 • Sonntag geschlossen

Kantonale Abstimmung vom 17. Juni: Änderung des Ruhetags- und Ladenschlussgesetzes

Zwei Positionen bei den Grünen

An der Frage des Ladenschlussgesetzes scheiden sich die Geister der Grünen Luzern. Der Kantonsrat hat im vergangenen Herbst dem neuen Ladenschlussgesetz zugestimmt. Die wichtigsten Änderungen sind wohl die verlängerten Öffnungszeiten am Samstag bis 17 Uhr, sowie vor Feiertagen bis 18.30 Uhr. Gegen diese Gesetzesänderung haben die Gewerkschaften und die SP das Referendum ergriffen. Die Grünen haben sich an einer Mitgliederversammlung im November 2011 gegen die Unterstützung des Referendums ausgesprochen, über das nun abgestimmt wird. Am 17. Juni wird nun über diese Änderung des Ladenschlussgesetzes abgestimmt. Der Vorstand der Grünen Kanton Luzern beantragt aufgrund dieser Ausgangslage bei der Mitgliederversammlung (die nach Redaktionsschluss statt fand) die Stimmfreigabe. Im folgenden werden die beiden Positionen erläutert.

Contra

24-Stunden Gesellschaft – nein danke!

Sind längere Ladenöffnungszeiten ein Bedürfnis der Konsumenten oder werden mit der nun vorliegenden Gesetzesänderung Bedürfnisse geschaffen, die so noch gar nicht vorhanden sind? Unser Konsumverhalten entwickelt sich immer mehr zu einer 24-Stunden-Gesellschaft. Alles muss jederzeit und überall zur Verfügung stehen. Dies mit all den negativen Folgeerscheinungen für die Konsumenten, die permanent das Gefühl haben, sie müssen irgendwo irgendetwas konsumieren, und so nicht mehr zur Ruhe kommen. Wie sagte einst

Gabriel Laub: «Unser Leben ist viel schwerer als das unserer Vorfahren, weil wir uns so viele Dinge anschaffen müssen, die uns das Leben erleichtern.»

Auch für die Angestellten haben längere Öffnungszeiten negative Auswirkungen, müssen sie doch zu schlechteren Arbeitsbedingungen arbeiten und darunter leiden auch ihre Familien. Betroffen wären mehrheitlich Frauen und darunter viele alleinerziehende Mütter.

Von längeren Ladenöffnungszeiten profitieren nur die grossen Einkaufszentren und das «Lädelistenben» schreitet voran. Eine Entwicklung die aus Grüner Sicht nicht gefördert werden darf, führt dies doch zu immer mehr Shoppingcenter auf der grünen Wiese, was wiederum zu mehr Verkehr und grösserer Umweltbelastung führt.

Das Argument, dass der Kanton Luzern gegenüber den umliegenden Kantonen, die ein liberaleres Ladenöffnungsgesetz haben, weniger konkurrenzfähig sei, mag zu treffen. Aber müssen wir eine Fehlentwicklung nur deshalb mitmachen, weil die anderen Kantone diesen Schritt bereits gemacht haben? Dieses Konkurrenzdenken würde früher oder später zu einer Totalliberalisierung der Ladenöffnungszeiten führen und dies lehne ich dezidiert ab.



Andreas Hofer
Präsident Grüne Region Sursee
Kantonsrat



Pro

Ein fairer Kompromiss

Folgende Gründe sprechen für eine leichte Anpassung der Öffnungszeiten:

Eine totale Liberalisierung ist übertrieben und wurde 2006 abgelehnt. Das neue Gesetz ist aber sehr moderat und ein guter politischer Kompromiss. An Samstagen eine Stunde länger und vor Feiertagen bis 18.30 Uhr, das macht aufs Jahr 65 Stunden längere Öffnungszeiten.

Die Arbeitsbedingungen im Detailhandel sind nicht gut. Das Argument, moderat längere Öffnungszeiten seien gegen die Angestellten, ist falsch. Um die Situation wirklich zu verbessern, braucht es einen für alle verbindlichen GAV.

Viele Teilzeitangestellte sind froh um ihre Arbeit; auch Kioskangestellte, Pflegende oder Buschauffeure arbeiten abends und am Wochenende.

Die vielen Menschen abends sowie am Wochenende in den Geschäften am Bahnhof oder am Sonntagmorgen in den Bäckereien sprechen ein deutliches Bild. Die Bedürfnisse, gerade von Erwerbstätigen und Pendler/-innen, haben sich verändert. Das revidierte Ladenschlussgesetz schafft hier die nötigen Anpassungen, für Luzerner Verhältnisse gewohnt bescheiden, und das ist auch gut so!

Aus ökologischer Sicht gibt es keine Gründe, dem Referendum zuzustimmen, im Gegenteil. Viele Luzerner/-innen fahren samstags um 16 Uhr nach Steinhausen oder Stans, um bis 18 Uhr einzukaufen. Und in den Tankstellenshops – meist ausser-

halb der Ortszonen und bis 22 Uhr offen – wird mit dem Auto eingekauft. Durch die neuen Öffnungszeiten shoppen einige wieder in der Nähe.

Luzern ist eine Tourismusstadt und steht in Konkurrenz mit den andern Kantonen. Zug hat flexible Öffnungszeiten, Schwyz, Aarau und Nidwalden haben das Ladenschlussgesetz bereits abgeschafft, und in Zürich ist einkaufen bis 20 Uhr unter der Woche an vielen Orten normal. Soweit müssen wir nicht gehen; aber wie lange soll Luzern noch an den bisherigen Öffnungszeiten festhalten?

Auch das Argument, dass diese Änderung existenzgefährdend sei, ist falsch. Die etwas längeren Öffnungszeiten bleiben freiwillig. Heute schon bleiben viele Geschäfte am Morgen früh oder an Feiertagen, die nicht ein Ruhetag sind (beispielsweise Ostermontag), geschlossen. Es ermöglicht ihnen aber, auf die Kundenbedürfnisse einzugehen oder sich in einer Nische zu positionieren.



Marco Müller
Vorstand Grüne Stadt Luzern
Luzern

Kantonale Abstimmung: Änderung des Ruhetags- und Ladenschlussgesetzes

Parole: wurde nach dem Redaktionsschluss gefällt.



Kantonale Abstimmung vom 17 Juni: Neugestaltung des Seetalplatzes in Emmen und Luzern

Bitte abspecken!

Der Seetalplatz ist zweifellos einer der zentralen Verkehrsknotenpunkte des Kantons Luzern. Da keine separaten Busspuren vorhanden sind, stehen die an einen Fahrplan gebundenen Busse mittendrin und sind für eine Verlagerung des Pendlerverkehrs höchst unattraktiv. Nun schlägt der Regierungsrat eine Ausbauvariante des Seetalplatzes vor, welche Kapazitäten für bis zu 30% mehr Autos schafft (20% allgemeine Zunahme plus 10% auf Grund der Siedlung Luzern Nord). Das Projekt bringt durchaus Verbesserungen für den ÖV, die Velos und Fussgänger. Es widerspricht aber eindeutig den Zielen einer nachhaltigen Verkehrspolitik.

Neben der Stadt Luzern hat auch die Gemeinde Emmen die Charta für eine nachhaltige städtische Mobilität unterschrieben mit dem Ziel, die Verkehrsbelastung auf dem übergeordneten Strassennetz zu plafonieren. Mehrverkehr soll in erster Linie durch ÖV, Fuss- und Veloverkehr abgewickelt werden. Diese Verkehrsmittel sind nicht nur umweltschonender und energieeffizienter, sondern auch extrem Platz sparend im Vergleich zu einer gleichen Transportleistung von Autos. Dies hat einen enorm hohen Nutzwert bei den topografischen Verhältnissen in der Luzerner Agglomeration und ist wirtschaftlich.

Wir fordern deshalb eine Variante:

- welche mit geringfügigen Massnahmen den Verkehrsfluss verbessert,
- welche zusätzlichen Platz für Busspuren und Kapazität für den Bus schafft,
- welche die Führung der Fahrräder und der Fussgänger optimiert.

Diese Variante ist in den Zweckmässigkeitsbeurteilungen bereits erarbeitet und geprüft worden und lässt sich sehr gut mit der nötigen Verlängerung und Erhöhung der Brücken und den weiteren Vorkehrungen für den Hochwasserschutz kombinie-

ren. Auch mit einer abgespeckten Variante kann der ÖV-Umsteigepunkt Emmenbrücke optimiert werden und es stehen alle Landflächen für den Masterplan Luzern Nord zur Verfügung, Die geplanten Überbauungen können realisiert werden.

Das Projekt kostet 190 Millionen Franken. Ein grosser Teil davon muss aus dem Strassenbaubudget bezahlt werden. In den nächsten zwei Jahren fehlen im Strassenbauprogramm damit je rund 17 Millionen Franken, um weitere geplante Projekte zu verwirklichen. 2015 sind es sogar 32 Millionen Franken. Viele Projekte auf der Landschaft, aber auch in der Agglomeration werden um mehrere Jahre nach hinten geschoben werden müssen. Unter anderem wohl auch die Verlängerung der Busspuren vom Seetalplatz in die Sprengi und zum Kasernenplatz. Der durch den Seetalplatzausbau ermöglichte Mehrverkehr verstopft diese beiden Achsen dann wohl noch nachhaltiger.

Statt für das Luxusprojekt Seetalplatz sollen die Mittel für den ÖV und das kantonale Radroutenkonzept zur Verfügung stehen. Denn gleichzeitig mit dem Beschluss zu diesem überbeurteilten Seetalplatz-Projekt wurden im Kantonsrat Gelder gestrichen für den Betrieb des ÖV. Und die Umsetzung des kantonalen Radroutenkonzeptes stagniert bis 2014 bei 67%.



Monique Frey
Kantonsrätin, Einwohnerrätin
Emmen

Kantonale Abstimmung: Neugestaltung des Seetalplatzes in Emmen und Luzern

Parole: wurde nach dem Redaktionsschluss gefällt.



Städtische Abstimmung vom 17. Juni: Initiative «Für zahlbaren Wohnraum»

Wer kann sich Wohnen in der Stadt leisten?

In der Stadt Luzern gibt es immer weniger Wohnraum für Familien, Alleinerziehende, Junge und ältere Menschen.

Der Grund? Alte Häuser werden nicht mehr renoviert, sondern abgerissen und durch Neubauten ersetzt, die dann mit möglichst viel Profit teuer vermietet werden können – viel zu teuer für viele Luzerner und Luzernerinnen. Wer heute eine günstige Wohnung sucht, grast oft monatelang Inserate ab und hetzt ohne Erfolg von Besichtigungstermin zu Besichtigungstermin, weil die Konkurrenz derart gross ist. Auch der Wegzug in die Agglomeration ist oftmals kein Ausweg – weil auch dort die Mieten ständig steigen. So kann es nicht weiter gehen! Wir sind überzeugt, dass das auch die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Stadt Luzern so sehen. Obwohl sie sich bei der kantonalen Abstimmung 2009 klar für zahlbaren und attraktiven Wohnraum aussprachen, hat die Stadt dieses Anliegen bislang ignoriert. Damit soll jetzt Schluss sein: Am 17. Juni 2012 kommt die städtische Initiative «Für zahlbaren Wohnraum» zur Abstimmung. Die 800 Unterschriften für deren Lancierung kamen binnen weniger Wochen zusammen.

Mit der Initiative verlangen wir, dass bis in 25 Jahren ein Anteil von mindestens 16% des Wohnungsbestandes nach Kriterien der Gemeinnützigkeit vermietet wird. Da heisst: Durchschnittlich sollen pro Jahr rund 80 Wohnungen erstellt und ohne Gewinnabschöpfung vermietet werden. Das ist zirka ein Viertel aller Neuwohnungen, die bis zu 20% günstiger sind und damit auf den Wohnungsmarkt ausgleichend wirken. Wenn es mehr gemeinnützige Wohnungen gibt, können Hausbesitzer nicht mehr so horrende Mieten verlangen.

Das alles ist erreichbar. Die Stadt muss dafür gemeinnützigen Wohnbauträgern genügend Land im Baurecht anbieten. Zudem sollen der Gemein-



schaftsstiftung zur Erhaltung und Schaffung von gemeinnützigem Wohnraum (GSW) mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit sie weiter Häuser sanieren und günstig an Benachteiligte vermieten kann. Weiter sollen Grundeigentümer mit baurechtlichen Nutzungsprivilegien für die Schaffung von zahlbarem Wohnraum motiviert werden. Bauland ist in der Stadt knapp: Deshalb müssen wir jetzt handeln, damit im Steghof, in der Industriestrasse und im Urnerhof günstige Wohnungen gebaut werden können – und weitere Gebiete nicht einfach an gewinnorientierte Investoren verschertelt werden. Wir brauchen nicht noch mehr Wohnraum für die «gehobenen Kreise». Unser Ziel ist, dass es sich die Luzernerinnen und Luzerner weiter leisten können, in ihrer Stadt zu leben.



*Monika Senn
Grossstadträtin,
Mitglied des Initiativkomitees
Luzern*

Städtische Initiative «Für zahlbaren Wohnraum»

Parole: JA



Beraten, planen und realisieren. Ihr Partner für Strom und Wärme aus der Sonne. Gebäudeenergie, die auch ästhetisch überzeugt.

BE Netz AG | CH-6030 Ebikon LU | 041 319 00 00 | info@benetz.ch | www.benetz.ch

BE NETZ
Bau und Energie

Städtische Volksabstimmung vom 17. Juni: Schaffung Ombudsstelle

Die Ombudsstelle

Wenn der Kontakt zwischen der Verwaltung und den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt zu Konflikten führt, wenn sich Gesuchstellende unkorrekt behandelt fühlen, braucht es eine Vermittlungsstelle. Bisher dienten die Gesprächsangebote des Stadtpräsidenten teilweise diesem Anliegen.

Frustrierte und unzufriedene Bürgerinnen und Bürger können unnötigerweise die Gerichte beschäftigen aber auch die öffentliche Sicherheit gefährden. Unschöne Beispiele dazu gibt es einige, allen voran das schreckliche Attentat im Parlament in Zug vor ein paar Jahren, aber auch die Erschiesung einer Sozialvorsteherin im Kanton Luzern.

Die Schaffung einer Ombudsstelle ist auch eine präventive Massnahme, die wie alle präventiven Massnahmen nicht alles verhindern, aber trotzdem im Einzelfall viel bewirken kann. So ist der Auftrag der Ombudsstelle auch beschrieben: Sie dient als unabhängiges und niederschwelliges Angebot für der Vermittlung in Konflikten zwischen Privaten und der Stadtverwaltung.

In zweiter Linie dient die Ombudsstelle aber auch dem Personal: Sollten die bereits bestehenden Anlaufstellen, wie die Dienstabteilung Personal oder die Schlichtungsstelle nicht genügen, könnte sich auch das Personal an die Ombudsstelle wenden. Diese hat Einsicht in alle für sie relevanten Akten und kann die nötigen Auskünfte in der Verwaltung einholen.

Wir Grünen haben diese Anliegen stets unterstützt und eingefordert. Wir hätten mit dieser Revision der Geschäftsordnung gerne noch weitere Anliegen verwirklichen wollen. So wäre es uns ein grosses Anliegen gewesen, dass die Stadt Luzern in der Gemeindeordnung einige Grundsätze festgeschrieben hätte, also sogenannte programmatische Bestimmungen aufgenommen hätte. Leider

finden wir dazu keine Mehrheit. Andere Anliegen konnten ausserhalb dieser Revision angegangen werden, wie die Umteilung des Finanzinspektorats vom Finanzdepartement in die Stadtkanzlei.

Ratsgrösse, Amtszeitbeschränkung und Ratssekretariat waren weitere Anliegen, die aber auf eine allfällige Fusion mit andern Gemeinden verschoben wurde. Nun ist das Thema Fusion in der Zwischenzeit wohl für längere Zeit vom Tisch. So muss sich das neue Parlament diese Fragen wohl wieder neu stellen. Die aktuelle Revision der Geschäftsordnung mit der Einführung einer Ombudsstelle ist aber sicher zu unterstützen.

Rom wurde auch nicht in einem Tag erbaut. So werden wir Grünen an diesen Themen dran bleiben und uns dafür einsetzen, dass demokratische Rechte nicht eingeschränkt oder abgebaut werden.



*Katharina Hubacher
Grossstadträtin
Luzern*

Städtische Volksabstimmung:
Schaffung Ombudsstelle

Parole:

JA



Bioprodukte vom Hof und aus der Region



EMMER BIOHOF

Franz und Maya
Helfenstein Probst
Oberhasli, 6032 Emmen
helfensteinbio@bluewin.ch
www.emmer-biohof.ch

Hofladen offen
jeden Freitag 13.30 - 18.30
oder nach telefonischer Vereinbarung
Telefon 041 260 21 71

Die Druckerei in der Luzerner Neustadt

g e g e n d r u c k _ G m b H

_offsetdruckerei _t 041 360 82 70

Städtische Volksabstimmung vom 17. Juni: Familienergänzende Kinderbetreuung und Förderangebote

Betreuungsgutscheine als Meilenstein

Am 17. Juni 2012 wird die Stadt Luzerner Stimmbewölkerung darüber abstimmen können, ob die Gutscheine für die familienergänzende Kinderbetreuung definitiv eingeführt werden sollen.

Das Reglement über die Einführung der Betreuungsgutscheine bedeutet für die Stadt Luzern einen Meilenstein in der familienergänzenden Kinderbetreuung. Die Eltern können seit der Einführung des Pilotprojekts ihre Kinder in der gewünschten Kindertagesstätte betreuen lassen. Auch Tageseltern können durch die Betreuungsgutscheine finanziert werden. Ausserdem gibt es seit der Einführung des Pilotprojekts fast keine Wartelisten in den Kinderkrippen mehr.

Die Evaluation der Pilotphase hat gezeigt, dass das Projekt Betreuungsgutscheine erfolgreich ist. Familien werden unterstützt. Die Beiträge werden nicht im Giesskannenprinzip verteilt, sondern vom Einkommen und vom Umfang der Berufstätigkeit abhängig gemacht. So wird eine effiziente Finanzierung sichergestellt.

Wichtig ist, dass durch die wachsende Anzahl der Betreuungsinstitutionen die Qualität nicht vergessen geht. Spontane Besuche und Qualitätskontrollen müssen zum Schutz unsere jüngsten Einwohner/-innen durchgeführt werden. Die Stadt

Luzern als Arbeitgeberin muss die Kita-Angestellten zu fairen Bedingungen beschäftigen und in die Ausbildung investieren. Auch «Dumping-Kitas» – sehr günstige Kitas, wie sie FDP-Nationalrat Otto Ineichen fordert – müssen kritisch beobachtet werden.

Die jährlichen Kosten von 5,1 Mio. Franken lohnen sich. Denn durch Betreuungsgutscheine ist nun ein weiterer Schritt für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf getan.



Steffi Wyss
Grossstadträtin Junge Grüne
Luzern

Städtische Volksabstimmung: Reglement über die familienergänzende Kinderbetreuung und die Förderangebote

Parole:

JA

**Parkettarbeiten
Malerarbeiten
Naturfarben**

Luzernerstrasse 33c
CH-6010 Kriens
Telefon 079 650 79 42
www.patricksteiner.ch

**patrick
STEINER**

Die Idee
von Ihnen

Das Holz
aus der Region

Die Qualität
vom Schreiner

Stefan Suhner
Möbelschreinerei
Rösslimattweg 8
6005 Luzern
Telefon 041 310 27 12
www.holzding.ch

Wahlen Stadt Luzern vom 17. Juni: Beat Züsli in den Stadtrat!

Für eine soziale, grüne und offene Stadt Luzern

Die Wahl von Adrian Borgula und Ursula Stämmer in den Stadtrat von Luzern am 6. Mai 2012 war ein Riesenerfolg für die gemeinsame Plattform von SP und Grünen für eine soziale, grüne und offene Stadt Luzern. In der Pole-Position für den letzten zu vergebenden Sitz im Stadtrat steht nun Beat Züsli mit einem klaren Vorsprung auf die weitere Konkurrenz.

Beitritt im Komitee «Beat Züsli in den Stadtrat» ist unter www.beatzuesli.ch möglich. Wichtig ist es auch, im Bekanntenkreis, bei Freunden und Verwandten zu überzeugen, dass Beat Züsli die richtige Wahl ist.

Bei den Stadtpräsidentenwahlen haben sich die Stimmen von SP und Grünen im ersten Wahlgang



Adrian Borgula, Ursula Stämmer und Beat Züsli haben im Vorfeld der Wahlen städtische Dossiers und Themen diskutiert, gemeinsame Argumentationen gesucht und auch gegensätzliche Positionen in einzelnen Bereichen herausgearbeitet und also schon vor dem Beginn der neuen Legislatur als Team zusammengearbeitet. Nun fehlt noch ein kleiner Schritt, damit dieses Team ab September im Stadtrat seine Arbeit aufnehmen kann.

Beat Züsli politisiert sachlich und ruhig, seine Argumentationen sind stichhaltig und fundiert, er strahlt eine grosse Kompetenz und Glaubwürdigkeit aus. Umweltthemen ist er auch bei seiner beruflichen Tätigkeit als Architekt sehr verbunden, in der Stadtpolitik hat er sich als Energiespezialist und für bezahlbaren Wohnraum einen Namen gemacht. Wer in einer Exekutive Verantwortung übernehmen will, braucht Erfahrung im politischen Prozess. Beat Züsli kennt als langjähriger Grossstadtrat und auch als Präsident des Parlaments die städtische Politik und die Mechanismen, die es braucht, um mehrheitsfähige Lösungen zu finden.

Die Grünen haben darum am 8. Mai 2012 Beat Züsli als gemeinsamen Stadtratskandidat von SP und Grünen nominiert. Damit die Wahl gelingt, ist ein grünes Engagement für Beat Züsli wichtig.

auf Adrian Borgula und Ursula Stämmer verteilt. Bereits vor den Wahlen war klar, dass sich die beiden Parteien für den zweiten Wahlgang auf eine gemeinsame Kandidatur einigen werden. SP und Grünen haben sich entschieden, gemeinsam mit Ursula Stämmer fürs Stadtpräsidium anzutreten und hoffen auf eine breite Unterstützung!



*Christian Hochstrasser
Grossstadtrat,
Präsident Grüne Stadt Luzern
Luzern*

Städtische Wahlen: Stadtrat und Stadtpräsidium

Parole:

**Beat Züsli
in den Stadtrat
Ursula Stämmer
als Stadtpräsidentin**

Wahlen Stadt Luzern: Rückblick aus Grüner Sicht

Sensationelle Wahl von Adrian Borgula

Die Grünen Stadt Luzern gratulieren Adrian Borgula zu seiner grossartigen Wahl. Dass bereits im 1. Wahlgang eine Mehrheit der Luzernerinnen und Luzerner Adrian Borgula gewählt haben, zeigt seine grosse Glaubwürdigkeit und seine kompetente grüne Politik! Wir wünschen Adrian schon jetzt einen guten Einstieg ins neue Amt.



An der Wahlfeier im Restaurant Neustadt hat die grosse Freude über die Stadtratswahlen überwiegt. Leider haben die Grünen trotz politischen Erfolgen in der vergangenen Legislatur, dem nationalen Trend aber nicht ganz trotzen mögen und verloren einen Sitz im Parlament. Nun wird die Grüne Fraktion mit sieben Mitgliedern in der nächsten Legislatur politisieren.



Besonders freuen durfte sich Noëlle Bucher. Sie wird ab September zu den bisherigen Mitgliedern der Fraktion stossen.



Gross war die Freude auch über die (knappe) Wiederwahl von Stefanie Wyss und der Verteidigung des jungen Grünen Sitzes. Ihr persönliches Glanzresultat ist besonders bemerkenswert! Mit Fabian Takacs halten die jungen Grünen in Kriens erstmals Einzug in den Einwohnerrat.



*Christian Hochstrasser
Grosstadtrat,
Präsident Grüne Stadt Luzern
Luzern*

Grüne Emmen, Rückblick auf die Gemeindewahlen

Fast alles beim Alten in Emmen

Nach einem flauen Wahlkampf bleibt in Emmen fast alles beim Alten. Die FDP holt ihren Gemeinderatssitz zurück, den sie sich bei den letzten Wahlen selber genommen hat und die SVP verliert im Parlament endlich auch in Emmen. Andreas Kappeler erreicht einen Achtungserfolg im Gemeinderatsrennen. Dank der grossen Listenverbindung gewinnen die Grünliberalen einen Sitz, während Grüne und SP sich halten. Insgesamt zeigt sich damit eine Verschiebung des politischen Gewichts in die Mitte.

Der Gemeinderatswahlkampf hätte spannend werden können. Der bereits nominierte Gemeindepräsident Thomas Willi verzichtete nach der verlorenen Abstimmung über die Fusionsverhandlungen kurzfristig auf eine Wiederkandidatur. Nicht weniger als zwölf Kandidierende bewarben sich darauf um die fünf Gemeinderatssitze. Ein Wahlkampf blieb aber weitgehend aus – die fusionsfreundlichen Parteien und Kandidierenden schienen durch den Abstimmungsausgang vom 11. März noch paralysiert, die Fusionsgegner hatten vor und nach der Abstimmung keine Konzepte, wie es weiter gehen soll mit der Gemeinde. Profitiert hat davon überraschend ausgerechnet die FDP, die in Bezug auf die Fusionsverhandlungen wild hin und her laviert hatte. Sowohl bei den Gemeinderats- als auch bei den Parlamentswahlen konnte die Partei deutlich zulegen – im Gemeinderat auf Kosten der CVP, im Parlament auf Kosten der SVP. Trotz der vielen Kandidierenden wird es im zweiten Wahlgang zu einer stillen Wahlen kommen. Der Gemeinderat setzt sich demzufolge aus zwei FDP-Sitzen, und je einem für SP, CVP und SVP zusammen.

Bei den Parlamentswahlen mussten die Grünen einen überproportionalen Verlust an Listenstimmen hinnehmen. Grund war wohl das überraschend gute Abschneiden der Grünliberalen, die mit lediglich drei jungen und nicht breit bekannten Kandidaten einen Sitz holten. Dank der Listenverbindung Grüne/SP/Juso/GLP konnten aber insgesamt 9 Vollmandate erreicht werden, was schliesslich zum einen von zwei Sitzverlusten der SVP geführt hat. Für die Grünen sitzen weiterhin Monique Frey, Andreas Kappeler und Timo Krebs im Rat. Grüne und SP werden sicher weiterhin eng zusammen arbeiten und wohl auch eine Fraktionsgemeinschaft bleiben. Noch offen ist, ob allenfalls der neu gewählte grünliberale Christian Zürcher sich der Fraktion anschliesst.



Luzius Hafen
Grüne Emmen
Emmen

s t a t t k i n o

ab 24. Mai
MY GENERATION
von Vroni Minder

ab 31. Mai
TYRANNOSAUR
von Paddy Considine

ab 7. Juni
THE DEEP BLUE SEA
von Terence Davies

ab 14. Juni
BARBARA
von Christian Petzold

ab 21. Juni
AVÉ
von Konstantin Bojanov

ab 5. Juli
BULLHEAD
von Michaël R. Roskam

stattkino
im Bourbaki Panorama Luzern
Reservierungen
041 410 30 60

Detaillierte Angaben entnehmen Sie bitte der Tagespresse
oder dem Monatsprogramm www.stattkino.ch

Wahlen Kriens

Überragendes Resultat

Cyrill Wiget wurde mit dem besten Resultat in den Gemeinderat gewählt. Dies war nur eine der Überraschungen der Krienser Wahlen.



Wer hätte das gedacht: Cyrill Wiget wurde mit dem besten Resultat in den Krienser Gemeinderat gewählt, vor dem Freisinnigen Matthias Senn und 600 Stimmen (!) vor SVP-Finanzchef Paul Winiker, der das absolute Mehr im ersten Wahlgang nicht erreichte.

Wer genauer hinschaut, ist allerdings vom Resultat weniger überrascht. Cyrill Wiget vertritt als Gemeinderat mit Verve die grünen Anliegen und hat in den letzten acht Jahren bewiesen, dass er auch in den Bereichen Jugend, Sicherheit und Sport pragmatische Lösungen sucht und diese auch durchsetzen kann. Er hat gleichzeitig einen sehr guten und direkten Draht zu ganz vielen Krienserinnen und

Kriensern, nicht zuletzt auch durch das Velociped. Er redet kein Politikerdeutsch und ist ein Macher. Das wird weitherum geschätzt!

Weniger gut ist dagegen das Resultat von Paul Winiker, der auch von der FDP unterstützt wurde. Er konnte nur wenige Stimmen über dieses Wählerreservoir hinaus gewinnen. Die zögerliche Haltung, die er als Finanzchef lange Zeit an den Tag legte, hat sich nicht ausgezahlt. Man muss ihm allerdings auch zu Gute halten, dass er eine schwierige Aufgabe zu lösen hat. Lothar Sidlers (CVP) Resultat als Sozialvorsteher ist auch nicht gerade berauschend und ob sich die Strategie der SP mit zwei Kandidierenden ausgezahlt hat, dazu kann man mindestens ein Fragezeichen machen.

Im Einwohnerrat haben SVP und FDP zusammen drei Sitze verloren. Damit sollte die Krienser Blockade etwas gelöst werden und es ist zu hoffen, dass wichtige Projekte mit mehr Schwung durchgezogen werden können. Die Grünen haben sich gehalten, ein Sitz der Grünen ging an die Jungen Grünen. Die Etablierung der jungen Grünen auch im Krienser Einwohnerrat (siehe auch Seite 17) ist ein hoffnungsvolles Zeichen für die grüne Bewegung.



Michael Töngi
Kantonsrat
Kriens

**große
Elektrovelo
Ausstellung**

Sonne im Tank

FLYER
Innovation In Mobility

VELOCIPED
mehr Velo

.....
Luzernerstr. 4 & 16 | 6010 Kriens | 041 329 10 50 | www.velociped.ch

Horw: Wahldank der L20 und zweiter Wahlgang

Brigitte Germann für den freien Gemeinderatssitz

Bei den Erneuerungswahlen des Gemeinde- und Einwohnerrates von Anfangs Mai hat die L20 eine breite Unterstützung erfahren dürfen. Vielen Dank an die Horwerinnen und Horwer, welche der L20 ein so gutes Resultat ermöglichten!

Die L20 hat sich hinter der CVP wieder zur zweitstärksten Kraft in Horw gemausert. Oskar Mathis wurde als Gemeinderat im ersten Wahlgang sehr gut gewählt.

Zweiter Wahlgang

Ein Gemeinderatssitz wurde bei diesen Wahlen vom Horwer Stimmvolk noch nicht vergeben. Somit kommt es am 17. Juni 2012 zu einem zweiten Wahlgang.

Die L20 bewirbt sich mit Brigitte Germann um den noch offenen Gemeinderatssitz. Sie ist 52, hat 2 erwachsene Kinder, arbeitet als technische Mitarbeiterin an der EAWAG in Kastanienbaum.

Brigitte Germann engagierte sich 10 Jahre lang für die L20 im Horwer Einwohnerrat (von Bau- und Verkehrskommission über Geschäftsprüfungskommission bis hin zur Ratspräsidentin) und bringt dadurch eine breite politische Erfahrung mit. Umwelt- und Naturschutzthemen liegen Brigitte Germann besonders am Herzen!



Unterstützen auch Sie am 17. Juni 2012 Brigitte Germann mit Ihrer Stimme. Danke!

Mehr Infos zu Brigitte Germann finden Sie unter: www.L20.ch



Heiri Schwegler-Bächler
Einwohnerrat Horw, L20
Horw

Ueli & Hof
www.uelihof.ch

Bio-Hofladen Mättwil
St. Niklausen / Luzern
Telefon 041 911 22 20
oder 076 572 53 11
Fr 14-19 h / Sa 8-13 h

Bio-Metzgerei Moosmatt
Moosmattstr. 17, Luzern
Telefon 041 310 71 15
Di-Fr 8.30-12.15 / 14-18.30 h
Sa 8-16 h durchgehend

Bio-Fleisch

gibt es im

Mättwil

und in der

Moosmatt.

natur-farben.ch
kurt unternäherer
malerei + farbladen
beratung, ausführung
vermietung, verkauf



tel. 041 260 07 40
schachenstrasse 3, 6020 emmenbrücke

Gemeinsamer grüner Tag

Sommerausflug der Grünen Luzern

Es ist die Idee wieder einmal ohne Pendenzen und Wahlen, einfach so, zusammen einen gemütlichen Tag zu verbringen.

Am Sonntag 24. Juni 2012, im Grenzgebiet zwischen der Stadt Luzern und Nidwalden am Bürgenberg (Bürgenstock).

Die Landschaft, die Geschichte und Kultur des Berges und die Mitwandernden und vielleicht doch auch die eine oder andere politische Anekdote bilden Grund genug, zusammen einen kleinen Ausflug zu machen. Wir freuen uns auf einen gemütlichen grünen Tag und eine zahlreiche Teilnahme.

■ **Treffpunkt:** Sonntag 24. Juni 2012, 10.30 Uhr an der Landungsbrücke Nr. 2 in Luzern (Schiff Richtung Alpnachstad)

■ **Anreise:** Luzern ab 10.40 Uhr, Kehrsiten-Bürgenstock an: 11.21 Uhr. Anreise ist auch möglich via Stansstad nach Kehrsiten zu Fuss oder per Velo (Achtung unser Ausflug endet jedoch nicht in Kehrsiten)

■ **Rückreise:** Bürgenstock Hotels ab 16.02 Uhr oder 17.02 Uhr nach Stansstad und Luzern (Ankunft 16.48 Uhr oder 17.48 Uhr)

■ **Mitnehmen:** Gültige Billette (individuell) oder GA, Verpflegung aus dem Rucksack, Regenschutz, gute Schuhe auch für etwas unwegsames Gelände.

Eine gewisse Trittsicherheit (Bergwanderweg) ist erforderlich und Versicherung ist Sache der TeilnehmerInnen.



Bei unsicherer Wettersituation oder Fragen:
Christian Hochstrasser 078 721 86 75.

MV 

Mieterinnen- und Mieterverband Luzern

**Elektromogmessung | Schlafplatzuntersuchung
Feuchtigkeits- und Schimmelprobleme
Mängel in der Wohnung**

Werden Sie Mitglied!

Wir unterstützen und beraten Sie zuhause - schnell und professionell!

Telefon 041 220 10 22 | mvl@bluewin.ch | www.mieterverband.ch/luzern

M i e t e r s c h u t z i s t n ö t i g

Kontaktverzeichnis

Ortsgruppen Grüne Kanton Luzern

Adligenswil

Franziska Hufschmid
franziska.hufschmid@gruene-luzern.ch

Ebikon

Andreas Feller
andreas.feller@gruene-luzern.ch

Emmen

Luzius Hafen
luzius.hafen@gruene-luzern.ch

Horw

Brigitte Germann-Arnold
brigitte.germann-arnold@gruene-luzern.ch

Kriens

Erich Tschümperlin
erich.tschuemperlin@gruene-luzern.ch

Luzern

Christian Hochstrasser
christian.hochstrasser@gruene-luzern.ch

Sursee

Andreas Hofer
andreas.hofer@gruene-luzern.ch

Willisau

Esther Müller
esther.mueller@gruene-luzern.ch

Valentin Arnold

valentin.arnold@gruene-luzern.ch

Junge Grüne

Raoul Niederberger
rniederberger@gmx.ch

Parolen zu der Abstimmung vom 17. Juni

Städtische Abstimmung:

Initiative «Für zahlbaren Wohnraum»	JA
Teilrevision der Gemeindeordnung (Grundlagen für die Schaffung einer Ombudsstelle)	JA
Reglement über die familienergänzende Kinderbetreuung und die Förderangebote	JA

Kantonale Abstimmung:

Änderung des Ruhetags- und Ladenschlussgesetzes (Schliessungszeiten am Vorabend von Ruhetagen und Abendverkäufe); Referendumsabstimmung
Neugestaltung des Seetalplatzes in Emmen und Luzern

Parolen wurden nach dem Redaktionsschluss festgelegt, siehe auf www.gruene-luzern.ch

Nationale Abstimmung:

Volksinitiative «Eigene vier Wände dank Bausparen»	NEIN
Volksinitiative «Für die Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik (Staatsverträge vors Volks!)»	NEIN
Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) (Managed Care)	Stimmfreigabe

Alle Parolen der Grünen Kanton Luzern sind auf www.gruene-luzern.ch abrufbar.

Impressum

Herausgeber/Inserateverkauf: Grüne Luzern, Brüggligasse 9, Postfach 5151, 6000 Luzern 5, PC 60-16103-5, Telefon 041 360 79 66, www.gruene-luzern.ch, E-Mail: sekretariat@gruene-luzern.ch
Redaktion: Andreas Kappeler; Korrektorat: Marie-Theres Kappeler; Fotos: Rahel Estermann, Monique Frey, Andreas Kappeler, Sabina Oehninger
Konzept/Gestaltung: Grafikatelier Thomas Küng, Brünigstrasse 3, 6005 Luzern, Telefon 041 360 28 10, E-Mail: thomas.kueng@rat.ch, www.kuenggrafik.ch; Gestaltung/Druck: Gegendruck GmbH, Neustadtstrasse 26, 6003 Luzern, Telefon 041 360 82 70, Fax 041 362 22 37, E-Mail: info@gegendruck.ch
Erscheint 5x im Jahr, Auflage 1300 Exemplare; Abonnement: ein Jahr Fr. 30.-, Unterstützungsabo: ein Jahr Fr. 60.-

Agenda

Juni 2012

Mo	11.		Generalversammlung Grüne Kanton Luzern (Neuwahl Präsidium)
Mo	18.	18.45	Kantonale Vorstandssitzung , Sekretariat Grüne
So	24.	10.30	Sommerausflug der Grünen , Treffpunkt Landungsbrücke Nr. 2 in Luzern (Schiff Richtung Alpnachstad)
Mo	25.	19.30	Städtische Vorstandssitzung , Sekretariat Grüne

Juli 2012

Mo	6.	20.00	Mitgliederversammlung Junge Grüne Luzern
----	----	-------	---

August 2012

Sa	25.		Delegiertenversammlung Grüne Schweiz , Aarau
----	-----	--	---

September 2012

Sa	1.		Ausflug Grüne Lounge
----	----	--	-----------------------------

Möchtest du elektronisch über Termine der Grünen sowie Veranstaltungen aus dem sozialen und kulturellen Bereich informiert werden? Dann abonniere den Newsletter unter: www.gruene-luzern.ch



